

■ Verteilung: Mehr Gerechtigkeit, mehr Wachstum	2
■ Ausbildung: Wenn der Betrieb nicht ausbildungsreif ist	3
■ Mitbestimmung: Wirtschaftlicher mit Betriebsrat Vertretung auf Branchen- und Betriebsebene	4 5
■ Urlaubsgeld: Tarif füllt Urlaubskasse	6
■ Bildung: Auf das Umfeld kommt es an	6
■ Arbeitswelt: Arbeiten nach der ökologischen Wende	7
■ TrendTableau	8

FINANZPOLITIK

Mit Steuern gegen Ungleichheit

Wenn die Steuerpolitik stärker zugunsten einkommensschwacher Haushalte umverteilt, kann davon die gesamte Volkswirtschaft profitieren.

Der Spielraum für eine höhere Besteuerung von Besserverdienenden und Unternehmen ist größer als vielfach behauptet. Zu diesem Schluss kommen Sarah Godar, Christoph Paetz und Achim Truger von der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin in einer aktuellen, von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Analyse.*

Bei der Besteuerung von Unternehmensgewinnen habe es in den vergangenen drei Jahrzehnten einen „internationalen Wettlauf nach unten“ gegeben. In den Ländern, für die OECD-Daten verfügbar sind, sei der Durchschnitt der Steuersätze seit 1981 um mehr als 20 Prozentpunkte gesunken. Auch die persönlichen Einkommensteuern seien stark zurückgegangen. So lag der Spitzensteuersatz im Jahr 1981 in den OECD-Ländern bei durchschnittlich 65,7 Prozent, im Jahr 2010 nur noch bei 45,8 Prozent. Zudem seien viele Regierungen dazu übergegangen, Kapitaleinkommen geringer zu besteuern als Arbeitseinkommen. Dadurch sei die Steuergerechtigkeit „zunehmend infrage gestellt“ worden, schreiben die Forscher.

Angesichts der wachsenden Ungleichheit und der angespannten Lage der öffentlichen Haushalte gebe es zwar Anzeichen für ein Umdenken in der Steuerpolitik. Dennoch schreckten die meisten Länder vor höheren Spitzensteuersät-

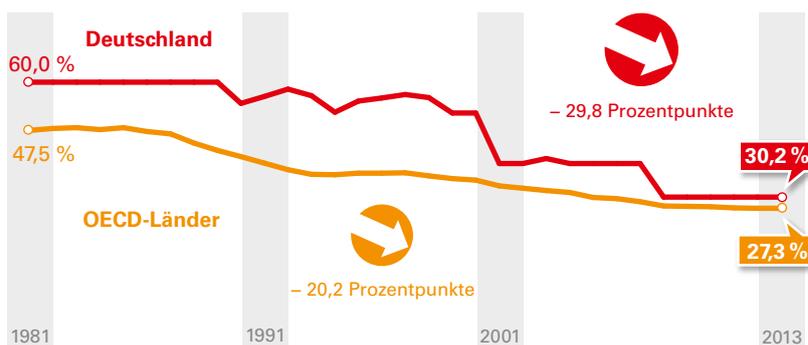
zen zurück, weil diese als schädlich für Beschäftigung und Wachstum gelten. Empirisch lasse sich ein negativer Effekt jedoch nicht belegen, so die Wissenschaftler. Gerade die jüngere Literatur komme zur Einschätzung, dass „die ökonomischen Argumente gegen eine progressive Besteuerung wesentlich schwächer sind als zumeist behauptet“. Am Beispiel Deutschland zeigen Godar, Paetz und Truger, dass eine regressive Steuerpolitik mehr Schaden anrichten kann: Steuerensenkungen und damit verbundene Einnahmeausfälle seien ein wesentlicher Grund für die Stagnation der Wirtschaft am Beginn der 2000er-Jahre gewesen.

Ein höherer Grad an Progression – also ein Steuersystem, das hohe Einkommen und Gewinne stärker belastet als bisher – könne sogar vorteilhaft für die Volkswirtschaft sein. Der Grund: Der Staat könne höhere Einnahmen für mehr öffentliche Investitionen nutzen, was sich positiv auf das Wachstum auswirkt. Außerdem steigere eine stärkere Umverteilung zugunsten einkommensschwacher Haushalte den privaten Konsum und damit die Nachfrage. Es gebe aktuell „erheblichen Spielraum“ zur Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf Einkommen, der Unternehmenssteuersätze und der Steuern auf Kapital und Vermögen. Die Regierungen sollten diese Möglichkeiten nutzen, empfehlen die Wissenschaftler. ◀

* Quelle: Sarah Godar, Christoph Paetz, Achim Truger: The scope of progressive tax reform in the OECD countries: A macroeconomic perspective with a case study for Germany, IMK Working Paper 150, Mai 2015
[Link zur Studie unter boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

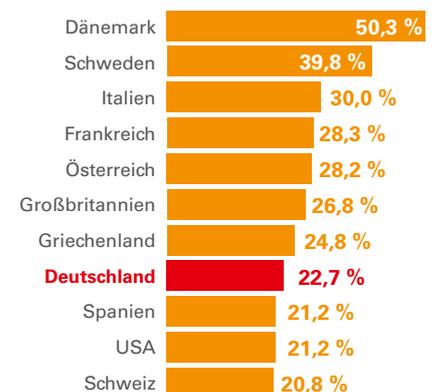
Steuerlast deutlich gesunken

So entwickelte sich der Durchschnitt der Unternehmenssteuersätze in ...



Quelle: OECD 2014

So hoch lag 2014 die Steuerquote in ...*



* Steueraufkommen im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt, ohne Sozialversicherungsbeiträge
Quelle: Ameco/Truger 2015 | © Hans-Böckler-Stiftung 2015